

munikativen Bedürfnissen der ansässigen Bevölkerung. Regionale Kunstnetzwerke spielen zudem eine entscheidende Rolle. Gefordert ist hier aber zugegebenermaßen die Schärfung des Blicks für die »kleinen Dinge«, nicht der hysterische Event-Reflex der Metropolen.

Diese Ausbreitung von Kultur in die Fläche macht beispielhaft deutlich, dass eine scharfe Trennung zwischen Metropole und Provinz heute nicht mehr haltbar ist. Auch sind sich der *homo urbanus* und der *homo rusticus* viel ähnlicher, als oft suggeriert wird. So hat der Humangeograf Peter Dirksmeier in seiner Studie *Urbanität als Habitus* festgestellt, dass sich die Einstellungen und Lebensformen auf dem Land und in der Stadt angeglichen haben. Die

Landschaft hat sich in vielen Bereichen urbanisiert. Nun ruralisiert sich scheinbar die Stadt. Die Differenzen haben sich eingeebnet – nicht überall, nicht vollständig, aber tendenziell. Denn: »Provinz« braucht heute keinen Ort mehr, sondern ist zu einem gesellschaftlichen Phänomen geworden« (Kolja Mensing). Und das liegt nicht nur daran, dass sich die Einkaufsmeilen von Berlin-Wilmersdorf und Gummersbach kaum noch unterscheiden und auch in der Großstadt viele ihren Kiez aus Bequemlichkeit gar nicht mehr verlassen. Enge entsteht auch durch das Fehlen der – v.a. finanziellen – Mittel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Bedauerlicherweise schreitet aber gerade diese Form der Provinzialisierung voran. ■

Wolfgang Schroeder

Schrumpfen und Wachsen im kooperativen Föderalismus

Der Diskurs über den demografischen Wandel scheint zu pauschalen, apokalyptischen und vor allem entsolidarisierenden Politikmodellen einzuladen. Die Rede von den »sterbenden Dörfern« oder gar vom »Aussterben der Deutschen« illustriert dies. Einer aufgeklärten sozialdemokratischen Perspektive sollte es aber darum gehen, zu definieren, wie der demografische Wandel wirkt, welche Belastungen und Chancen für spezifische Gruppen und Regionen daraus folgen und was zu tun ist. Unser Autor schildert dies im Folgenden am Beispiel des ostdeutschen Bundeslandes Brandenburg.

Wolfgang Schroeder

(*1960) ist Professor an der Universität Kassel, Fachgebiet »Politisches System der Bundesrepublik Deutschland/Staatlichkeit im Wandel« (zur Zeit beurlaubt), gegenwärtig ist er Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg.
wolfgang.schroeder@uni-kassel.de



Weder für Deutschland noch für Brandenburg ist mit dem Befund eines »Weniger« bereits ein tieferes Verständnis der widersprüchlichen demografischen

Entwicklungen gefunden. Denn sowohl für Deutschland als Ganzes als auch für Brandenburg gilt, dass Wachstum und Schrumpfung parallel stattfinden. Negative Folgen regional ungleicher Entwicklung sind traditionell große Herausforderungen für einen föderalen Bundesstaat. Deshalb hat sich die Bundesrepublik mit ihrem Grundgesetz den Auftrag gegeben, dass die Lebenschancen ihrer Bevölkerung nicht von der regionalen Lage abhängig sein dürfen. Bis 1994 leitete sich daraus der Auftrag ab, »einheitliche Lebensverhält-

nisse« in Deutschland herzustellen. Seitdem wird diese Selbstverpflichtung mit dem Terminus der »gleichwertigen Lebensverhältnisse« erfasst. In der sprachlich veränderten Form spiegelt sich das Eingeständnis wider, dass Differenzen bis zu einer bestimmten Grenze akzeptabel sein können. Gleichwohl bleibt doch weiterhin gegenüber schwachen und schrumpfenden Regionen die gestaltende Aufgabe sozialstaatlicher Daseinsvorsorge, an der sich zugleich auch die Leistungsfähigkeit gestaltender Politik messen lassen muss.

Durch die seit Jahrzehnten zurückgehenden und schließlich stagnierenden Geburtenraten, parallel dazu verlaufenden Alterungsprozessen, die abhängig von der regionalen, ökonomischen Leistungskraft spezifische Binnenwanderungen, vor allem von Ost nach West, befördert haben, ist Ostdeutschland das eine Mal zum fortschrittlichen Labor des Wandels und das andere Mal zum deutschen *Mezzogiorno* gekürt worden. Tatsächlich ist in nur wenigen europäischen Ländern die großstädtische Bevölkerung so stark gewachsen und im ländlichen Bereich so stark zurückgegangen, wie in Deutschland. Nur noch etwa jeder sechste Deutsche lebt in ländlichen Gebieten, allerdings sehr unterschiedlich verteilt über die Regionen. So leben in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg mit 64 % bzw. 53 % noch die Mehrheit auf dem Lande, während es beispielsweise in NRW mit 1,2 % oder in Hessen mit 9,3 % sehr viel weniger sind.

In nur wenigen Regionen Deutschlands verlaufen Bevölkerungsrückgang und Alterungsprozess so schnell und so stark wie in den ostdeutschen Ländern. Bis 2030 wird in Brandenburg mit einem Rückgang der Bevölkerung um etwa 10 % und einem Schrumpfen des Erwerbspersonenpotenzials von 25 % gerechnet. Dabei fielen die Bevölkerungsverluste hier im Vergleich zu anderen ostdeutschen Bundesländern seit 2000 dank der Zuzüge aus Berlin noch vergleichsweise moderat aus. Aber auch in

Brandenburg selbst stehen sich wachsende und schrumpfende Regionen gegenüber. Einerseits die in den ersten Nachwendejahren stark wachsenden Berlin-nahen Gebiete und die mehrheitlich schrumpfenden Berlin-fernen Regionen. Während sich die Einwohnerzahl von Frankfurt/Oder von 88.000 Einwohnern 1990 auf etwa 48.000 Einwohner 2030 verändern wird, verläuft die Entwicklung im berlinnahen Falkensee genau umgekehrt: Ein Anstieg von 23.000 auf 48.000 Einwohner wird prognostiziert. Nicht selten ist diese konträre Entwicklung sogar innerhalb eines einzigen Landkreises zu beobachten. Die Lage ist komplex. Jedenfalls wirkt sich der demografische Wandel nicht eindimensional auf die Bevölkerungszahl aus, sondern er betrifft auch die Alters-, Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Mobilitäts- und Infrastrukturen. Da zeitgleich in den westdeutschen Ballungsräumen von München über Stuttgart, Frankfurt, Düsseldorf bis Hamburg die Bevölkerung eher stabil bleibt oder sogar leicht wächst, mithin von diesen Regionen weiterhin starke Abwanderungsimpulse gesendet werden, sind starke kooperative Strategien gefragt, um die Abkopplung ostdeutscher Regionen zu verhindern.

Aus der kurz- bis mittelfristigen Perspektive von Haushaltspolitik ist klar, sowohl Schrumpfen wie auch Wachsen ist mit steigenden Kosten verbunden. Im Falle eines Bevölkerungswachstums sind zusätzliche Leistungen für die dorthin ziehenden Menschen notwendig, um neue Wohngebiete zu erschließen, Kindergärten und Schulen zu bauen, neue Verkehrsverbindungen zu schaffen etc.. Auf der anderen Seite verfallen in schrumpfenden Gebieten nicht nur Häuser, Plätze und öffentliche Einrichtungen. Es ist vor allem auch ein hoher Einsatz notwendig, um für eine geringer werdende Zahl von Menschen eine basale Infrastruktur aufrecht zu erhalten, mit der insbesondere die Erreichbarkeit von Bildungs- und Gesundheits-

einrichtungen gesichert ist. Das Leben auf dem Land wird mithin mit weniger Menschen sogar teurer. Denn viele Kommunen legen die Kosten für bestimmte infrastrukturelle Dienstleistungen, wie beispielsweise die Müll- und Abwasserentsorgung, auf die Einwohner um. Gleichzeitig findet eine Entwertung der Immobilien in schrumpfenden Regionen statt.

Politischer Streit bleibt damit nicht aus: Wie weiter mit unserem kooperativen Föderalismus? Welche Anstrengungen sind möglich, welche sind nötig, um in den schrumpfenden Zonen gleichwertige Lebenschancen zu bieten? In einem gerade veröffentlichten Papier der SPD-Grundwertekommission wird deshalb für eine solidarische Perspektive votiert: »Statt die Probleme und die Chancen des demografischen Wandels, wie bisher, in die Hände der Einzelnen zu legen, müssen die sozialen Räume, die Infrastrukturen und Institutionen den in Folge des demografischen Wandels veränderten Lebensverhältnissen der Menschen angepasst werden«. Die Gegenposition wird bald vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt: Es geht um Bayerns Klage gegen den gegenwärtigen Länderfinanzausgleich. Dahinter steckt der Wunsch, die Solidarität zwischen den Starken und den Schwachen, auch im Grundgesetz neu zu definieren, in der Tendenz also: Wettbewerbsföderalismus.

Was also tun? Strukturschwache Regionen dürfen weder alleine gelassen werden, noch können sie auf den erlösenden Investor von außen warten. Sie bedürfen der strukturierten Eigeninitiative durch eine konzentrierte und innovative Wirtschafts-, Arbeits-, Sozial- und Regionalpolitik. In Brandenburg ist man mit der wirtschaftspolitischen Strategie »Stärken stärken« (aktuelle Weiterentwicklung: »Stark für die Zukunft, Kräfte bündeln«) diesen Weg gegangen: weg von der Gießkanne hin zur regionalen und sektoralen Fokussierung der Förderung. Gemeint ist eine Konzentration auf regionale Wirtschaftskerne, d.h.

Standorte mit überdurchschnittlicher wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit und hohen Ausstrahleffekten, z.B. Cluster. Durch zukunftsorientierte Gebiets- und Verwaltungsstrukturreformen, die parallel zur demografischen Entwicklung laufen, sollen zudem Zahl und Größe der Kommunen sowie die Infrastruktur so umgebaut werden, dass der Bedarf, Angebote, Erreichbarkeit und Bezahlbarkeit in ein für alle angemessenes Verhältnis gebracht werden. Mit der Strategie »Brandenburg 2030« versucht die SPD eine Entsolidarisierung im Land zu verhindern: »Bei aller Heterogenität der Entwicklungsgeschwindigkeiten und -richtungen zugleich eine Politik für das gesamte Land Brandenburg zu betreiben und die Zusammengehörigkeit mit der Region zu stärken«.

Für eine sich selbst tragende Wirtschaft braucht es innovative Unternehmer. In den meisten ländlichen Gebieten gibt es sie und sie leisten Enormes. Aber es sind zu wenige, um Arbeit und Wohlstand für alle zu schaffen. So kommt es auf einen handlungsfähigen und kooperativen Staat an, der nicht nur durch unterstützende Wirtschafts- und Strukturpolitik, die sich auch aus europäischen Geldern speist, inspiriert sowie Nachfrage schafft oder absorbiert. Er ist vor allem auch für eine qualitativ hochwertige Infrastruktur zuständig, die Lebenschancen vermittelt. Klar ist aber auch, der Staat kann keine umfassende Garantie übernehmen. Und: Seine finanziellen Handlungsspielräume werden angesichts sinkender öffentlicher Zuweisungen von Bund und EU und zunehmender Anstrengungen um Haushaltskonsolidierung deutlich enger. Aus dieser Perspektive schreibt die Grundwertekommission der SPD in dem bereits genannten Papier: Deshalb müssten auch »Dörfer und Siedlungen aufgegeben und zu blühenden Landschaften umgewandelt werden – wenn man den davon Betroffenen gute Alternativen und ausreichende Kompensationen anbieten kann«. Vermutlich

müsste die Perspektive umgekehrt und auf die Zivilgesellschaft fokussiert werden. Und zwar einer Zivilgesellschaft, die durch Kreativität und Beteiligung Zusammenhalt stiftet, Werte schafft und damit Lebensqualität ermöglicht. Dazu können vor allem Vereine, Netzwerke, Kirchen und Genossenschaften Beiträge leisten. Aus diesen Aktivitäten speist sich ländliches Selbstbewusstsein, auch gegenüber den Städtern. Auf dieser Basis kann sich eine positive Arbeitsteilung mit den urbanen Räumen entwickeln, die zwar spannungreich sein kann, aber auch produktiv ist. Dazu bedarf es eines entsprechenden Selbstbewusstseins nach außen. So gibt es mittlerweile wieder Rückwanderungen aus dem Westen in die ostdeutschen Länder. Auch wenn diese Zahl noch nicht riesig ist, handelt es sich um ein wichtiges Signal. Denn Attraktivität und Perspektiven einer Region sind nicht schicksalhaft vorgegeben, son-

dern durchaus veränderbar. Vielleicht entwickelt sich dann statt des Blicks auf das »Sterben der Dörfer« eher die produktive Perspektive, wie der Soziologe Andreas Willisch einmal angedeutet hat, die den ländlichen Raum als den »Garten der Metropolen« sieht.

Eins ist jedoch bei all diesen Überlegungen essenziell: Ohne eine kooperative Finanz- und Regionalpolitik fehlt der Rahmen für eine starke Zivilgesellschaft. Deshalb ist für die SPD-Grundwertekommission »die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse eine Solidaritätsaufgabe über die gesamte Bundesrepublik hinweg (...), deren Preisgabe durch eine neue Leitvorstellung eines bloß wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts sowie die Umdeutung des bundesdeutschen Föderalismus in einen Wettbewerbsföderalismus abgewehrt werden« muss. ■

Ulf Buschmann

Noch nie so wertvoll wie heute?

Die Soziokultur erfindet sich Stück für Stück neu

Stadtteileinrichtungen gehören in NRW mittlerweile schon wie selbstverständlich zum Bildungsangebot. Sie entstanden in den 70er Jahren, um näher an den Lebensbedürfnissen der Menschen Theater zu inszenieren, Literatur auf eine neue Art zu präsentieren, aber auch Töpferkurse anzubieten. Inzwischen bilden sie mit Schulen, Behörden, Vereinen und Verbänden ein Netzwerk u.a. für Jugendliche vor Ort.

Die Soziokultur ist im Wandel, zumindest in Nordrhein-Westfalen. Keiner der Beteiligten kommt heute nämlich mehr auf die Idee, auf der eigenen Scholle etwas allein zu tun – schon deshalb, weil der Staat zu einer Art erzieherischen Maßnahme gegriffen hat, nach dem Motto »Macht etwas gemeinsam und ich werde mich als großzügig erweisen!«.

Dieser Wandel vollzieht sich in erster Linie vor dem Hintergrund der Einfüh-



Ulf Buschmann

(* 1966) ist freier Journalist und lebt in Bremen. Er befasst sich u. a. mit den Themen Entwicklung des städtischen und ländlichen Raums.

post@ulf-buschmann.de

rung der Ganztagschulen im Land. Schon in der vergangenen Wahlperiode hatte die